



DER GROSSE PENSIONSSCHOCK

In der Bank Austria (BA) waren zur Wochenmitte Glück und Unglück weniger als fünf Kilometer von einander entfernt. Im Bank Austria Salon im Alten Rathaus in der Wiener Wipplinger Straße wurde über das Bruttonationalglück des Königreichs Bhutan philosophiert. Zeitgleich trafen sich empörte Mitarbeiter der Bank Austria nach Dienstschluss im Tech Gate Vienna in der Donau City. Der renommierte Anwalt Roland Gerlach hatte zum Infoabend eingeladen, und mehr als 250 Banker waren gekommen. Diskutiert wurden die umstrittene Betriebsvereinbarung der Bank Austria und der geplante Wechsel des Pensions- und Krankenversicherungssystems, den wohl alle der 3.300 betroffenen Bankangestellten als großes Unglück empfinden.

Dass kurz zuvor überraschend auch noch der Rücktritt von Willibald Cernko bekanntgegeben wurde, war für viele ein Schock. Und es wirkt, als wären die glücklichen Tage in der (noch) größten Bank des Landes in sehr weite Ferne gerückt und als müsse das Institut noch viel

von Bhutan lernen: Der italienische Mutterkonzern UniCredit will nicht nur die Osteuropazentrale von Wien nach Mailand verlegen, sondern auch den Druck radikal erhöhen. Und das, obwohl das im Dezember verkündete Sparpaket alles andere als in trockenen Tüchern ist.

Die Sanierung der Bank Austria wird nicht allein auf Kosten der Bankmitarbeiter erfolgen. Durch die Reorganisation des BA-Pensionsregimes sollen laut trend-Informationen mehrere hundert Millionen Euro Eigenkapital freigeschafft werden – und das auf Kosten des Steuerzahlers. Die Pensionstricks der Pizzabanker ärgern Arbeiterkammer Wien (AK), Pensionsversicherungsanstalt (PVA) und Sozialministerium, die Freiheitlichen haben dazu eine parlamentarische Anfrage verfasst. Immerhin wird eine große Last der BA-Sanierung der öffentlichen Hand aufgebürdet. „Das ist ein problematisches Verhalten“, meint auch der Pensionsexperte Bernd Marin.

SANIERUNG AUF STAATSKOSTEN. Konkret will sich die Bank Austria mit Bezug auf eine Sonderregelung im Paragraphen 311 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG) vieler Altlasten entledigen (siehe Seite 9). Statt der Bank soll die staatliche PVA die künftigen Pensionen von 3.300 Mitarbeitern bezahlen. Reinhard Sommer, Sektionsleiter im Sozialministerium, sieht das kritisch: „Das ASVG wurde nicht geschrieben, damit sich eine Bank auf Kosten des Steuerzahlers sanieren kann.“ PVA-Chef Winfried Pinggera erklärt: „Wir prüfen, ob eine gesetzliche Absicherung für die Übertragung nötig ist.“ Das heißt übersetzt: Die Übereinkunft der Bundesregierung und eine ASVG-Novelle im Parlament sind nötig, um den Übergang zu ermöglichen.

Auch AK-Bereichsleiter Hans Trenner ist dieser Ansicht: „Wir sehen die Pläne der Bank Austria kritisch und raten ►

Im neuen Sparprogramm der Bank Austria stecken viele Tücken. Auch die BA-Pensionsübertragung wackelt. Den neuen Chef der Bank, **ROBERT ZADRASIL**, erwartet ein komplizierter Konflikt mit Belegschaft, Politik und Pensionsträger PVA.

VON MIRIAM KOCH
UND ASHWIEN SANKHOLKAR



DIE ITALIENER waren mit Willibald Cernko (links) als Chef der Bank Austria nicht mehr zufrieden. Er war gegen die Umbaupläne für Österreich. UniCredit-Boss Federico Ghizzoni, der selbst unter Druck steht, musste hart durchgreifen.

Mailands neuer Statthalter

ROBERT ZADRASIL in seinem Büro. Der gebürtige Wiener, 45 Jahre alt, wird mit März neuer Chef der Bank Austria. Vor zehn Jahren wurde der IT-Spezialist in den Vorstand der damaligen BA-CA berufen. Der Sportbegeisterte war damit der Jüngste, der je in Österreich in die oberste Managementebene einer Großbank gelangte.

FOTOS: WOLFGANG WOLAK, IAN EHM/NEWS, LUKAS ILGNER

Ein Paragraf für 3.300 Einzelfälle

Mit dem BA-Pensionsdeal wird der Steuerzahler enorm belastet.

DIE AUFLÖSUNG des bankeigenen Pensionssystems ist die tragende Säule des Bank-Austria-Sparplanes: 3.300 aktive Bank-Austria-Mitarbeiter, denen eine gutdotierte Bankpension zusteht, sollen ins staatliche ASVG-System „übertragen“ werden. Die Betroffenen müssen künftig selbst Pensionsbeiträge bezahlen. Einen Teil der Kosten bekommen sie per Einmalzahlung ausgeglichen. Zu Monatsende werden die Mitarbeiter verständigt, wie hoch diese sein wird. Es soll je nach Beschäftigungsdauer um Beträge zwischen 40.000 und 260.000 Euro gehen. Bis Ende Februar müssen sich die Mitarbeiter dann entscheiden, mit März soll die PVA für sie zuständig sein. Das ist zumindest der Plan der Bank Austria.

Auch der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) muss die Bank viel Geld zahlen, die genaue Höhe wird per Bescheid festgelegt und hängt von mehreren Kriterien ab: Anzahl der Mitarbeiter, Letztbezug usw. Im Paragraf 311 ASVG ist geregelt, dass der Überweisungsbetrag „7 % der Berechnungsgrundlage“ entsprechen muss. Das ist wenig. ASVG-Versicherte müssen 22,8 Prozent abführen. Bankintern beziffert man den Übertragssumme mit rund 330 Millionen Euro.

Die Ausgleichszahlungen an die Mitarbeiter sollen darunter liegen. Für die Bank wäre die Transaktion damit ein Geschäft, bei dem am Ende und nach Steuern mehrere Hundert Millionen Euro Eigenkapital für die Bankbilanz übrigbleiben. Denn finanziert wird der Übergang aus den Rückstellungen, die im Dezember mit 2,1 Milliarden Euro beziffert wurden. Der BA-Pensionstrick hat einen Haken: Der Paragraf 311 ASVG gilt für Einzelfälle, nicht für ganze Gruppen, die wechseln.

Die zukünftigen Kosten für die Pensionen, die von der PVA getragen werden müssen, werden auf eine Million Euro pro Person taxiert. Also deutlich mehr als die von der BA gezahlten Summen, weshalb die PVA gegen den BA-Deal ist. Ohne Gesetzesänderung geht nichts. Und im Sozialministerium stellt man trocken fest: Eine Bankensanierung zähle nicht zur Aufgabe einer Pensionsversicherung.



NOCH WENIGER FILIALEN? Das Bank-Austria-Filialnetz soll von 190 auf 120, vielleicht sogar noch weniger Standorte schrumpfen.

► betroffenen Mitarbeitern, nichts zu unterschreiben.“ Ihre Pensionsrechte sind einzelvertraglich geregelt und können auch nicht durch den Betriebsrat, wie im Fall Bank Austria geschehen, rausverhandelt werden. Sommer, Pinggera und Trenner unisono: „Ohne Zustimmung der Mitarbeiter geht nichts.“

SPIELBALL DER POLITIK. Eine „Lex Bank Austria“, die eine Bankensanierung auf Staatskosten normiert, ist politisch kaum denkbar. Damit wackelt aber ein wichtiger Pfeiler im UniCredit-Plan für Österreich. In der BA sieht man diese Probleme nicht: „Der Übergang findet nach klaren gesetzlichen Bestimmungen statt, die den Wechsel zwischen Pensionssystemen regeln und gleichförmig für alle betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gelten. Die gesetzliche Regelung besteht seit langer Zeit. Über die Jahrzehnte hat sie bereits eine hohe Anzahl von Arbeitnehmern betroffen, in beide Richtungen“, heißt es. Unterstützt wird die BA vom Arbeitsrechtsteam der Sozietät Freshfields. Der ambitionierte Pensionstrick wurde von Anwalt Stefan Köck ausgetüftelt.

„Das ist ein Desperado-Akt“, poltert indes Anwalt Roland Gerlach über den BA-Umgang mit ihren Mitarbeitern. Die Bank-Austria-Mitarbeiter rennen Gerlach und auch seinem Anwaltkollegen Alois Obereder (Kanzlei Freimüller/Obereder/Pilz) die Türen ein. Gerlach und Obereder teilen die Rechtsmeinung von AK, PVA und Sozialministerium, dass eine Pensionsübertragung von BA zu PVA ohne Gesetzesänderung nicht möglich ist. Gerlach: „Der Rechtsstreit wird

viele Jahre dauern und am Ende vor dem Obersten Gerichtshof landen.“ Die zuständige Gewerkschaft, GPA-djp, die indes die Lösung des Betriebsrats unterstützt, weiß vom Unmut in der Bankbelegschaft. Doch der Betriebsrat habe das Bestmögliche herausgeholt und ein echtes Katastrophenszenario abgewehrt, versucht man, Betroffene zu beschwichtigen.

Doch dieses Szenario – der im Dezember abgeblasene Verkauf des verlustreichen Privatkundengeschäfts an die Bawag – könnte wieder aus der Schublade geholt werden. Willibald Cernko war klar gegen den Verkauf. Sein Widerstand war den Italienern nicht recht: Sie wollen ein Management in ihrer österreichischen Bank, das Konzernvorgaben rasch umsetzt und sie nicht anzweifelt. Somit war Cernko, seit sechs Jahren an der BA-Spitze, aus Mailänder Sicht zunehmend der falsche Mann an der Spitze. Das wurde ihm nach der Aufsichtsratssitzung vergangenen Freitag von BA-Kontrollorin und UniCredit-Finanzchefin Marina Natale klargemacht – für Cernko ein Tiefschlag. Man einigte sich auf einen einvernehmlichen Abgang,

als Nachfolger wurde Robert Zadrazil, bislang im BA-Vorstand für Private Banking zuständig, vorgestellt. Für den 45-jährigen Zadrazil soll die Straffung des Filialnetzes von 190 auf 120 Filialen nicht weit genug gehen. Er ist bereit, den Pensionskampf gegen Belegschaft und Politik aufzunehmen – und notfalls sogar das Retailgeschäft zu verkaufen.

Eines ist schon jetzt klar: Vom Glück scheint die Bank Austria derzeit mindestens so weit entfernt zu sein wie Österreich von Bhutan.

„Wir raten betroffenen Mitarbeitern, nichts zu unterschreiben.“
HANS TRENNER,
ARBEITERKAMMER

Sorgenkind Privatkunde

Nicht nur die Bank Austria, alle Institute haben Probleme in diesem Segment.

VON ROBERT WINTER

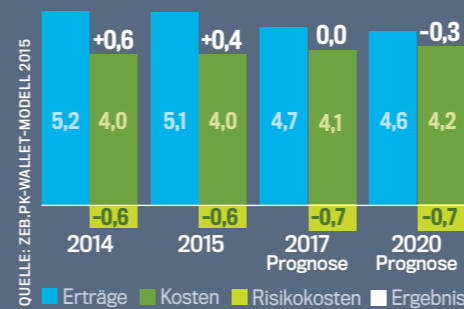


ULRICH HOYER, Partner des internationalen Beratungsinstituts „zeb“, das diese Studie erstellt hat, befürchtet negative Ergebnisse ab dem Jahr 2017.

Prognose Ergebnisentwicklung

im Privatkundengeschäft 2014 bis 2020

in Mrd. Euro

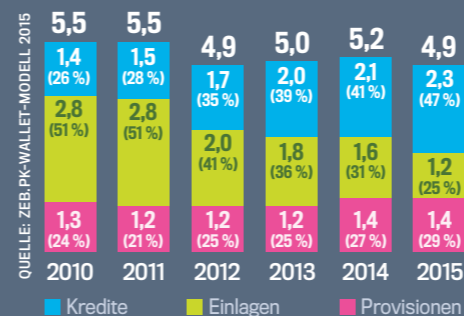


QUELLE: ZEB-PK-WALLET-MODELL 2015

Rückläufige Erträge, steigende Kosten.

2014 brachte das Geschäft mit Privatkunden noch 600 Millionen Euro Überschuss. Laut zeb-Prognose sind ab 2017 bereits 300 Millionen Euro Verlust zu erwarten.

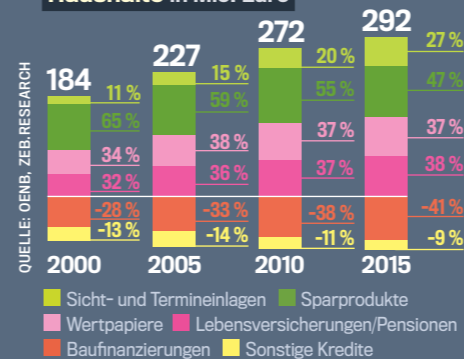
Ertragspotenziale im Privatkundengeschäft 2010 bis 2015 in Mrd. Euro



QUELLE: ZEB-PK-WALLET-MODELL 2015

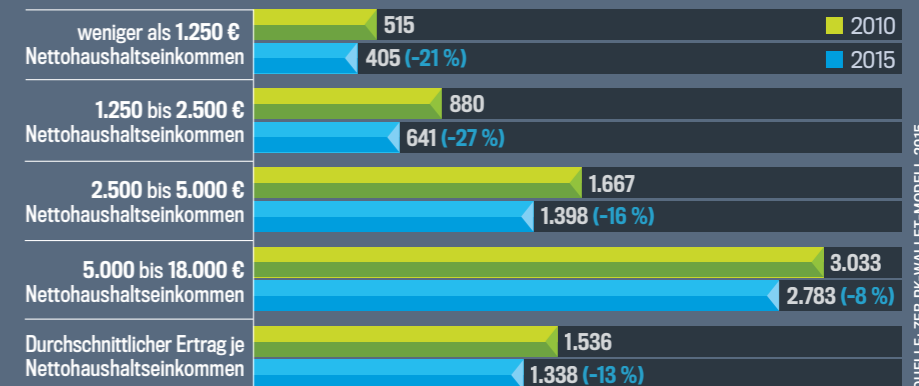
Zinstief drückt auf das Ergebnis. Ab 2012 brachte die Niedrigzinsphase massive Ertragsrückgänge im Einlagengeschäft. Bei den Krediten hingegen sind die Profite deutlich angestiegen.

Nettovermögen der privaten Haushalte in Mio. Euro



QUELLE: OEB, ZEB-RESEARCH

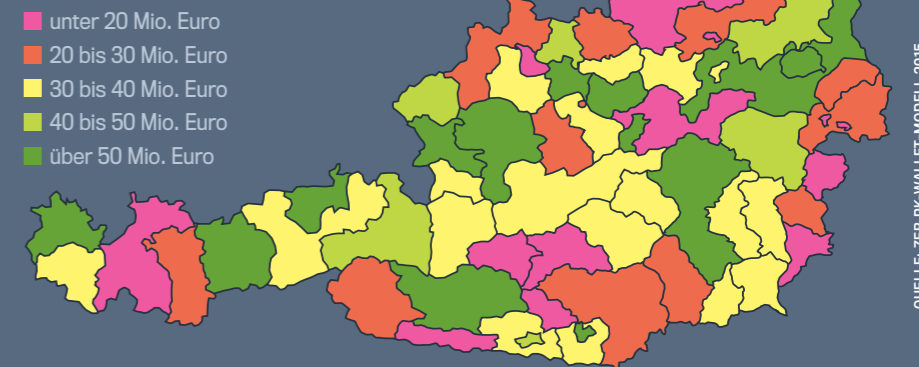
Erträge je Haushalt nach Segment von 2010 bis 2015 in Euro



QUELLE: ZEB-PK-WALLET-MODELL 2015

Durch die Bank sinkende Erträge. Seit 2010 ist der Ertrag, den Banken im Schnitt mit jedem Haushalt im Jahr erzielen, von 1.535 auf 1.338 Euro gesunken. Den stärksten Rückgang mussten die Institute bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 1.250 und 2.500 Euro hinnehmen. Beim Geschäft mit Privatkunden des Topsegments fiel der Rückgang mit acht Prozent deutlich moderater aus.

Ertragspotenzial je Bezirk in Mio. Euro



Bezirke. Die Erträge der Banken hängen unmittelbar vom Standort der Filialen ab. Das höchste Ertragspotenzial von jährlich über 50 Millionen Euro findet sich in Wien, im niederösterreichischen Umland sowie in etlichen Bezirken vor allem in Oberösterreich und Tirol. In wirtschaftlich schwachen Regionen wie beispielsweise dem Waldviertel oder Teilen des Burgenlands verdienen Banken am wenigsten.

QUELLE: ZEB-PK-WALLET-MODELL 2015

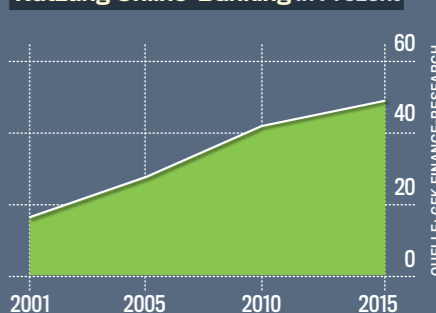
Veränderung im Geldmix.

Zwischen 2000 und 2015 ist das Nettovermögen privater Haushalte von 184 auf 292 Milliarden Euro gestiegen. Im gleichen Zeitraum haben Sparprodukte als klassische Anlageform klar an Bedeutung verloren. Spürbar gestiegen ist auch der Verschuldungsgrad bei Baufinanzierungen.

Internet statt Filiale.

Im Jahr 2001 tätigten 17 Prozent der Privatkunden Bankgeschäfte per Internet. Im Vorjahr waren es bereits 49 Prozent. Laut zeb-Analyse greifen Internetkunden im Schnitt achtmal monatlich auf ihr Internetkonto zu, suchen aber nur einmal pro Jahr eine Bankfiliale auf.

Nutzung Online-Banking in Prozent



QUELLE: GfK FINANCE-RESEARCH